



**Medienkonferenz des Referendums- und Abstimmungskomitees
«Mediengesetz NEIN»,**

Bundesmedienzentrum Bern, 5. Januar 2022:

**Referat Evelyn Motschi,
Vorstand Jungfreisinnige Stadt Zürich**

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich, als Vertreterin der jüngeren Generation und als jungfreisinnige Politikerin hier zu sein und darlegen zu dürfen, warum das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» abzulehnen ist.

Die Jungfreisinnigen haben klar die Nein-Parole gefasst und engagieren sich stark gegen das Medienpaket. Doch mit dieser Meinung ist unsere Jungpartei nicht allein. Auch andere bürgerliche Jungparteien, inklusive der Jungen Mitte, stellen sich gegen das Mediengesetz. Diese ablehnende Haltung gegenüber dem Subventionspaket - vor allem aus den jüngeren Reihen - ist durchaus verständlich. So beziehen wir Jungen unsere Informationen fast ausschliesslich aus dem Internet. Wie bereits von meinen Mitstreitern erläutert, sollen mit dem Mediensubventions-Gesetz neu auch Online-Medien mit Steuergeldern und damit 30 Millionen Franken jährlich alimentiert werden.

Das mag im ersten Augenblick zwar erfreulich klingen; doch sind es nur die abonnierbaren und damit kostenpflichtigen Online-Medien, die sich aus der Staatskasse bedienen dürfen. Die kostenfreien Online-Medien, über die sich die Jungen primär informieren, sind von der Subventionierung komplett ausgeschlossen. Für jedes Online-Abonnement würden bis zu 60 Prozent der Abo-Einnahmen den Verlegern in die Tasche fliessen. Nicht die zahlenden Konsumenten, sondern die reichen Verleger würden davon profitieren. Dies führt früher oder später dazu, dass die kostenlos verfügbaren lokalen und regionalen Online-Dienste gezielt vom Markt verdrängt werden.



Subventionen sind, wenn immer möglich, zu vermeiden. Sie führen unweigerlich zu Diskriminierung und Marktverzerrung und dienen dazu, dasjenige am Leben zu erhalten, das nicht mehr zukunftsfähig ist. Das Gesetz ist ein Hindernis für Innovation und Fortschritt, indem der Patient namens «Print-Medien» mit kostenintensiven Mitteln künstlich am Leben bzw. im Koma-Zustand erhalten wird. Es ist aber vor allem die Medienbranche, bei welcher das Schlagwort «Aktualität» an oberster Stelle steht. Die Medien haben nicht nur inhaltlich, sondern auch strukturell mit dem Lauf der Zeit zu gehen. Die Digitalisierung ist längst Realität – dieser mussten und müssen sich auch alle anderen Branchen stellen. Die Wirtschaft aufgrund von permanenten neuen Entwicklungen an den Tropf des Staates zu hängen, ist generell eine schlechte Idee. Im Mediensektor ist dies jedoch äusserst schädlich, da die Unabhängigkeit und damit die Glaubwürdigkeit der Medien darunter leidet.

Schliesslich möchte ich darauf aufmerksam machen, dass das Subventionspaket unsolidarisch und unsozial ist. So sind es nicht nur die Interessen der Jungen, die nicht berücksichtigt werden, sondern auch die innovativen Kleinverleger, die weitgehend leer ausgehen. Es profitieren vor allem die Grossverleger von dem Gesetz. Ich verstehe nicht, weshalb man einer Branche, die bereits mehr als genügend Subventionen erhält, über mehrere Jahre verteilt und damit in der Summe Beträge in Milliardenhöhe zuschieben möchte, insbesondere, wenn von diesem Geldsegen vor allem die reichen Grossverleger profitieren.

Nach dem heute Morgen Gesagten ist das Folgende festzuhalten: Das neue Mediengesetz ist schon veraltet, bevor es überhaupt in Kraft gesetzt ist. Die Massnahmen führen nicht zu einer Förderung der Medien insgesamt; im Gegenteil. Bloss gezielte Teilbereiche sollen von den Geldern profitieren. Das Massnahmenpaket fördert die Ungerechtigkeit sowohl innerhalb des Mediensektors als auch gegenüber anderen Branchen und lässt jene Bevölkerungsschichten unbeachtet, die sich teure Abos nicht leisten können. Dazu zählen ganz besonders die Jungen.

Darum kann es für mich und viele andere junge Menschen in diesem Land am 13. Februar nur eine Antwort geben: Ein klares Nein zum neuen Mediengesetz!